



Das neue DGB-Führungsquartett: DGB-Vorstandsmitglied Stefan Körzell, die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack, der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann und Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach (von links)

Der DGB startet durch

Selbstbewusst präsentierten sich die DGB-Gewerkschaften auf dem 20. Ordentlichen DGB-Bundeskongress vom 11. bis 15. Mai in Berlin. „Wir haben auf dem Kongress bewiesen: Wir sind die gesellschaftliche Kraft für mehr soziale Gerechtigkeit, Gute Arbeit und ein anderes, ein soziales Europa“, resümierte der neu gewählte DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann.

Parlament der Arbeit. Das Pensum des Kongresses war gewaltig: 219 Anträge, mehr als 900 Seiten Papier, mussten beraten, ein Führungswechsel vollzogen und der Dialog mit den Gastrednern aus Politik und internationaler Gewerkschaftsbewegung geführt werden.

„Wirtschaftsdemokratie, betriebliche und unternehmerische Mitbestimmung und der Interessenausgleich der Sozialpartner sind ein kostbares Gut.“

Bundespräsident Joachim Gauck

den. Die Delegierten setzten wichtige Signale für einen Mindestlohn ohne Ausnahmen, für eine Stärkung der Tarifautonomie, für mehr Investitionen in Bildung, für eine solide Finanzierung öffentlicher Aufgaben, für ein sozial gerechtes Steuersystem und für einen Politikwechsel in Europa. Dennoch schafften sie es einen Tag früher als geplant, den Kongress im Berliner CityCube zu beenden.

Der DGB sei in einer „guten Verfassung“, stellte der neu gewählte DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann in seiner Grundsatzrede fest. Die Große Koalition habe politische Konzepte der Gewerkschaften aufgegriffen, vom Mindestlohn bis zur Rente mit 63. „Aber wir wollen mehr“, betonte Hoffmann. „Unser erstes Ziel muss sein, eine neue Ordnung der Arbeit durchzusetzen.“ Der DGB will eine breite gesellschaftliche Debatte über den Wert von Arbeit. Von der Bundesregierung

fordert Hoffmann ein substantielles Humanisierungsprogramm für die Arbeit der Zukunft. Noch in dieser Legislaturperiode erwarte der DGB eine „echte Reform der Minijobs“. Hoffmann kündigte außerdem eine Offensive für mehr Mitbestimmung, in Deutschland, aber auch in Europa, an.

Noch während des Kongresses wurde ein breites gesellschaftliches Bündnis verabredet, um gegen Ausnahmen beim gesetzlichen Mindestlohn zu mobilisieren. Im Juni wird der DGB ein Papier zum Abbau der

„Zusammenhalt und Solidarität sind gewerkschaftliche Grundtugenden. Die europäischen Gewerkschaften brauchen eine starke Stimme. Für Geschlossenheit und Handlungsfähigkeit brauchen wir einen starken und engagierten DGB.“

Bernadette Ségol, EGB-Vorsitzende

„kalten Progression“ vorlegen. Die Debatte über den richtigen Weg zu einem gerechteren Steuersystem war eine der lebhaftesten auf dem Kongress. „Wenn wir gemeinsam Positionen nach vorne bringen, sind wir erfolgreich“, betonte der DGB-Vorsitzende in seinem Schlusswort. Der Kongress habe gezeigt: „Wir sind in einer solidarischen Streitkultur.“ „Es ist tatsächlich Aufbruchstimmung spürbar in diesen Tagen im Berliner CityCube“, urteilte der *Tagesspiegel* über den Kongress. ●

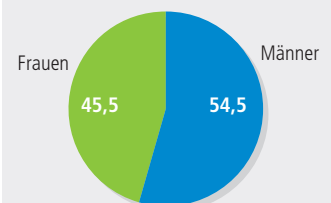
● INHALT

- 2/3 Kongresseröffnung**
Der Bundespräsident zu Gast
- 4/5 Bilanz und Wahl**
Führungswechsel beim DGB
- 6 „Wir wollen mehr“**
Grundsatzrede von Reiner Hoffmann
- 7/9 Debatte**
Die Beschlüsse des DGB-Kongresses
- 10/11 Blick von außen**
Zu Gast beim DGB-Bundeskongress
- 12 Splitter**
Eindrücke vom DGB-Kongress

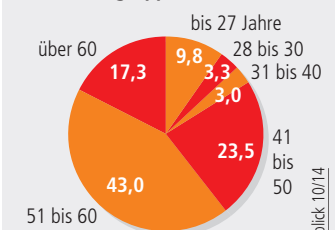
Das Parlament der Arbeit

Zusammensetzung der Delegierten beim 20. Ordentlichen DGB-Kongress

nach Geschlecht



nach Altersgruppen



Angaben in Prozent
Quelle: DGB; Mandatsprüfungskommission, Stand: 12. Mai 2014, 12 Uhr

© DGB einblick 10/14

www.bundeskongress.dgb.de

Alle Beschlüsse, Reden, Statements, Tagesprotokolle, Videos und Bilder des 20. Ordentlichen DGB-Bundeskongresses gibt es online im DGB-Portal.



Wir sind quicklebendig

Eröffnung. Mit einem bunten, selbstironischen Rahmenprogramm wurde der 20. Ordentliche DGB-Bundeskongress am 11. Mai eröffnet. Damit hatte der scheidende DGB-Vorsitzen-

de Michael Sommer nicht gerechnet: Gerade noch im Amt trug ihm der Kabarettist Rainer Pause als Präsident des fiktiven „Brüder zur Sonne, Schwestern zur Freiheit e.V.“ einen neuen Auftrag an. Seine Expertise könne man gut gebrauchen, um zum Beispiel mit Ganztags-Flashmobs – als Rentner habe man dafür ja Zeit – Supermärkte mit schlechten Arbeitsbedingungen lahmzulegen und so für bessere Arbeit zu sorgen.

Ernster als der Kabarettist wurde Michael Sommer: „Die deutschen Gewerkschaften und ihr Bund sind

stark und einflussreich, wir sind ein geachteter und beachteter Teil unserer Gesellschaft“, betonte er. Das sei nicht immer so gewesen. „Wie oft wurde uns das Totenglöckchen schon geläutet.“ Er freue sich, sagen zu können: „Wir sind quicklebendig.“ Das Kongressmotto „Arbeit, Gerechtigkeit, Solidarität“ beschreibe die Werte, für die die Gewerkschaften nach wie vor einstehen.

In der ersten Sitzreihe wartete unterdessen Bundespräsident Joachim Gauck. Der liebevoll „Bundesvati“ genannte amüsierte sich sichtlich gut und lobte in seiner Rede den Einsatz des DGB für gute Arbeitsbedingungen. Für den Bundespräsidenten sind die Gewerkschaften heute „vitale Teilnehmer des politischen Diskurses und der Gestaltung“. Der Kampf für soziale Gerechtigkeit sei noch längst nicht gewonnen, erklärte Klaus Wowereit, Regierender Bürgermeister von Berlin in seinem Grußwort: „Deshalb brauchen wir starke Gewerkschaften und starke Vorsitzende.“ ●

Mutig und streitbar



Bundespräsident. „Freie Gewerkschaften sind ein wesentlicher Teil der Demokratie“, erklärte Bundespräsident Joachim Gauck in seiner Rede auf dem DGB-Bundeskongress. Wo es freie Gewerkschaften gebe, gelänge es, „die einseitige Konzentration wirtschaftlicher und politischer Macht einzugrenzen, verkrustete Strukturen in Wirtschaft und Gesellschaft aufzubrechen und Räume zu öffnen für eine Kraft des Ausgleichs. In Deutschland haben wir dafür einen Namen: soziale Marktwirtschaft“.

Gauck hob die Rolle der Gewerkschaften in der Finanz- und Wirtschaftskrise hervor. „Sie haben gesamtgesellschaftliche Verantwortung bewiesen und Lösungen zur Sicherung der Beschäftigung gewonnen.“ Zwar sei es nicht immer leicht, allen Mitgliedern klarzumachen, dass Zugeständnisse – wie maßvolle Lohnabschlüsse – langfristig für die Gesellschaft von Vorteil sein können. „Aber wir brauchen diese Form der Verantwortung weiterhin.“ Das gelte ebenso für die Arbeitgeber oder die Banken. Es reiche nicht, einen möglichst hohen Bilanzgewinn zu sichern. „Wir

brauchen einen erweiterten Verantwortungsbegriff, wenn wir unsere Demokratie zukunftsfähig machen wollen.“

Der Bundespräsident warnte davor, dass das bewährte Modell der Sozialpartnerschaft beschädigt werden könne, „wenn einzelne Berufsgruppen ihre Schlüsselstellung missbrauchen, um Eigeninteressen gegen Gemeininteressen durchzusetzen“. Er sehe noch nicht, wie dieser Konflikt gelöst werden könne.

Individualisierung, Generationengerechtigkeit und Globalisierung sieht der Bundespräsident als größte Herausforderungen für die Zukunftsfähigkeit der Gewerkschaften. Er zeigte sich überzeugt, dass die Gewerkschaften diese Herausforderungen meistern. „Sie sollten einen Drei-

„Veränderung gelingt, wenn Empörung in Aktion kanalisiert wird.“

klang des Vertrauens hören, Vertrauen in die Zukunft des DGB“, so Gauck.

Für die Europawahl am 25. Mai und für die noch bis Ende Mai laufenden Betriebsratswahlen forderte Gauck noch mehr Unterstützung. „Wir brauchen mehr Überzeugte, denen bewusst ist: Mitbestimmung kommt auch von Stimmen.“ Auch die Gewerkschaften nahm Gauck in die Pflicht. „Bitte bleiben Sie bei allem Wandel immer das, was Sie für Deutschland heute sind: Aktivposten der Demokratie, mutig, zukunftsorientiert und streitbar“. ●

l www.bundeskongress.dgb.de/l-III6



Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit kam gut gelaunt zum Kongress: Dank der fleißigen HandwerkerInnen war der neue CityCube – im Gegensatz zum Berliner Flughafen – rechtzeitig (fast) fertig geworden.



Ländervielfalt: Die bayrische Kabarettistin Lisa Fitz (2. Bild von unten) und ihr baden-württembergischer Kollege Florian Schröder (Bild unten) bestritten gemeinsam mit Rainer Pause aus Nordrhein-Westfalen und dem Sachsen Uwe Steimle das Kabarettprogramm zur Kongresseröffnung.



Viel erreicht, viel zu tun

Bilanz. In ihren mündlichen Ergänzungen zum Geschäftsbericht erläuterten die Mitglieder des Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes (GBV) politische Erfolge, Kampagnen und Ziele der letzten vier Jahre. Gemeinsames Resümee: Der DGB hat viel erreicht, aber die noch offenen Baustellen in der Politik sind groß.

Der scheidende DGB-Vorsitzende Michael Sommer warnte: „So richtig es ist, dass wir im Koalitionsvertrag der Großen Koalition manches davon unterbringen konnten, wofür wir seit Jahren kämpfen, so richtig ist es auch, dass wir erstens nicht alle unsere Ziele erreicht haben und zweitens noch lange nicht durch sind.“ Vor allem in der Steuer- und Finanzpolitik gebe es kaum Bewegung, die finanzielle Handlungsfähigkeit eines starken Sozialstaates samt einer gerechten Steuerpolitik sei noch lange nicht politische Wirklichkeit: „Eine gerechtere Steuerpolitik steht nach wie vor genauso wenig auf der Tagesordnung wie die Revision der Schuldenbremse“, kritisierte Sommer.

Auch bei den Themen Mindestlohn, Tarif- und Rentenpaket sei man noch nicht über die Ziellinie: „Was den Mindestlohn und die Rente betrifft, sind wir zwar im parlamentarischen Verfahren, und das Tarifpaket trägt in weiten Teilen eine gewerkschaftliche Handschrift. Aber die andere Seite hat sich damit noch lange nicht abgefunden“, warnte Sommer.

Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack zog eine positive Bilanz des DGB im Bereich Gleichstellungspolitik. So seien im Koalitionsvertrag gesetzliche Regelungen für mehr Frauen in Führungspositionen, eine bezahlte zehntägige Auszeit für Pflegende oder das Recht auf Rückkehr aus Teil- in Vollzeit vorgesehen. Viel zu tun gibt es für DGB und Gewerkschaften aber in der Bildungspolitik, erklärte Hannack. „Von einer Bildungsrepublik sind wir noch meilenweit entfernt.“

Reiner Hoffmann, im Februar für Claus Matecki in den GBV gekommen und unter anderem zuständig für die Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik, begrüßte den Erfolg der Mindestlohnkampagne. „Ausnahmen vom Mindestlohn kommen für den DGB nicht infrage.“ Um sicherzustellen, dass der Mindestlohn wirksam umgesetzt wird, hat der DGB seine Mindestlohnkampagne reaktiviert. Die Verhandlungen zum Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP) kritisierte Hoffmann als intransparent. Dem geplanten Investitionsschutz im Abkommen erteilte er eine klare Absage. Statt freiem Handel bräuchte man fairen Handel. Dafür werde sich der DGB bei den öffentlichen Konsultationen einsetzen.

Als gewerkschaftlichen Erfolg in der Gesundheitspolitik nannte GBV-Mitglied Annelie Buntenbach, dass die Kopfpauschale inzwischen kein Thema mehr sei. Aber die paritätische Finanzierung der Krankenversicherung bleibe weiter auf der Agenda. „Auch in der Arbeitsmarktpolitik bleibt noch viel zu tun. Prekäre Arbeitsverhältnisse wie Minijobs, Leiharbeit und befristete Stellen sind keine Brücken in, sondern Krücken

für den Arbeitsmarkt.“ Buntenbach forderte die Politik zudem auf, endlich den Grundstein für eine Demografiereserve in der gesetzlichen Rentenversicherung zu legen.

Für „einen sozial-ökologischen Umbau der Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft“ sprach sich das scheidende DGB-Vorstandsmitglied Dietmar Hexel aus. Der Energieumstieg sei eine echte Chance für Lebensqualität und Gute Arbeit. Dazu gehörten auch mehr Energieeffizienz sowie mehr Effizienz bei Verkehr und Wärme. Hexel hob außerdem die Trendwende bei der Mitgliederentwicklung, die erfolgreiche Arbeit des DGB-Rechtsschutzes sowie die aktuelle Begleitkampagne des DGB zu den Betriebsratswahlen 2014 hervor. ●



Michael Sommer



Elke Hannack



Reiner Hoffmann



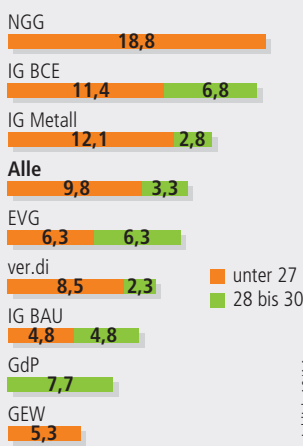
Annelie Buntenbach



Dietmar Hexel

Junge Delegierte

Anteil der unter 27-Jährigen und der 28- bis 30-Jährigen in den einzelnen Gewerkschaftsdelegationen beim 20. Ordentlichen DGB-Kongress (Angaben in Prozent)



Quelle: DGB; Mandatsprüfungskommission, Stand: 12. Mai 2014, 12 Uhr

© DGB einblick 10/14

Ob bei den Debatten zum Mindestlohn oder zum zivilen Ungehorsam: Die Gewerkschaftsjugend setzte zahlreiche Akzente auf dem Kongress. Mit einem Durchschnittsalter der Delegierten von 43,4 Jahren war die Delegation der NGG erneut die jüngste – die Vorsitzende Michaela Rosenberger war mit 54 sogar die älteste in der Delegation. Im Schnitt waren die Delegierten beim DGB-Kongress 50,7 Jahre alt, die älteste Delegation stellte die EVG mit einem Durchschnittsalter von 57,4 Jahren.

Mit langem Atem

Abschied. Nach zwölf Jahren, nach fast 4400 Tagen im Amt des DGB-Vorsitzenden ist nun für Michael Sommer Schluss. Nachdem die Delegierten des 20. Ordentlichen DGB-Bundeskongresses den Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand (GBV) einstimmig entlasteten, hat Sommer die DGB-Spitze verlassen. Das Erscheinungsbild der Gewerkschaften in der Öffentlichkeit zu verbessern, den DGB zu reformieren und „zum politischen Arm der Gewerkschaften in Deutschland zu machen“, hatte sich Michael Sommer bei seinem Amtseintritt 2002 vorgenommen. Diese selbst gesetzten Ziele habe er alle erreicht, erklärte der neue DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann. Er hob Sommers Ausdauer, seinen langen Atem, seine Detailarbeit und auch seine Leidenschaft in den vergangenen zwölf Jahren hervor. Den Gewerkschaften gehe es so gut wie lange nicht mehr. „Mit dir haben die Gewerkschaften die Trendwende geschafft, die du immer wieder gefordert hast.“ Im letzten Jahr legten fünf der acht Gewerkschaften im DGB eine positive Mitgliederbilanz vor. „Unter deinem Vorsitz wurde das Prinzip der Einheitsgewerkschaft praktisch gelebt“, so Hoffmann weiter. Er würdigte außerdem Sommers Rolle bei der Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise und sein Engagement für den gesetzlichen Mindestlohn. Dass sich der Mindestlohn nun im Gesetzgebungsverfahren befinde, sei auch ein Erfolg von Michael Sommer.

Mit einer persönlichen und selbstkritischen Rede verabschiedete sich Michael Sommer von den Delegierten. „Wir wissen, dass wir alle Höhen und Tiefen haben.“ Auch er habe Tiefen im Amt gehabt. Dankbar

sei er für den Ratschlag eines Kollegen gewesen, daran zu arbeiten, „eine klare Linie zu haben und nicht zu wackeln“. Das sei der beste Ratschlag seiner Amtszeit gewesen, so Sommer.

In den zwölf Jahren als DGB-Vorsitzender habe er die Verantwortung dieses Amtes täglich gespürt, genauso wie „den Stolz, an der Spitze unseres Bundes stehen zu dürfen“. An die Delegierten gerichtet betonte Sommer: „Gemeinsam mit euch habe ich bittere und schöne Stunden erlebt.“ Aber es habe sich gelohnt. Seinem Nachfolger wünschte Sommer „die Kraft, das Geschick, das notwendige Glück, den Laden zusammenzuhalten und den DGB als starken, unerlässlichen Arm der Gewerkschaften zu führen“.

Bereits am Eröffnungstag hatte Bundespräsident Joachim Gauck Sommer für seine „Hingabe und Hartnäckigkeit“, für seine „Weitsicht und Kompromissbereitschaft“ gedankt. „Danke dafür, dass sie mit ihrer guten Arbeit der guten Arbeit von Millionen Menschen in Deutschland zu Respekt und Anerkennung verholfen haben“, betonte Gauck.

Der Regierende Bürgermeister von Berlin Klaus Wowereit erinnerte in seinem Grußwort an die schwierigen Bedingungen zu Beginn von Sommers erster Amtszeit, als die Gewerkschaften zerrissen gewesen seien zwischen der Loyalität gegenüber der Wunschkoalition aus SPD und Grünen und der Kritik an der Agenda 2010. „Schwächen einzugestehen, vor allem aber auch deine Fähigkeit, aus Fehlern zu lernen, dazu zu stehen und im Nachhinein nichts zu kaschieren“, diese Ehrlichkeit hätten viele geschätzt, so Wowereit. ●



Nach fast 44 Jahren als hauptamtlicher Gewerkschafter und nach zwölf Jahren im Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand (GBV) ist Dietmar Hexel aus Altersgründen aus dem GBV ausgeschieden. Der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann würdigte seinen großen Einsatz unter anderem für mehr Mitbestimmung und Teilhabe sowie für den DGB-Rechtsschutz. Dass die Gewerkschaften mittlerweile wieder täglich tausend neue Mitglieder gewinnen, sei auch der von Hexel initiierten Initiative Trendwende zu verdanken, so Hoffmann. Zudem habe er sich dafür engagiert, die Energiewende in eine erfolgreiche Spur zu setzen.



Bereits im Februar schied Claus Matecki nach seinem 65. Geburtstag aus dem GBV aus. Matecki habe im Bereich Wirtschaftspolitik „ausgezeichnete Arbeit geleistet und Akzente gesetzt“, so der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann. Die erfolgreiche Durchsetzung des Kurzarbeitergeldes in der Krise wie auch der Konjunkturprogramme I und II habe der DGB mit maßgeblicher Unterstützung von Matecki erreicht. Ein wichtiges Element für einen Kurswechsel in der EU sei der Marshallplan für Europa, der in Mateckis Verantwortungsbereich entwickelt wurde, ebenso wie die Mindestlohn-Kampagne.





Guy Ryder ist der erste Gewerkschafter an der Spitze der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), deren Generaldirektor er seit 2012 ist. Zuvor war er sechs Jahre lang Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB).



Führungsrolle

Internationale Arbeitsorganisation. „Eine faire Globalisierung erfordert starke Gewerkschaften“, betonte Guy Ryder, Generaldirektor der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), in seiner Rede auf dem DGB-Bundeskongress. Er würdigte den DGB als starken Partner für die internationale Gewerkschaftsbewegung. Die bessere Vernetzung der Gewerkschaften über Grenzen hinweg und auch die Beteiligung der ILO an den G20-Prozessen seien auch Verdienst des DGB. Der scheidende DGB-Vorsitzende Michael Sommer „war in den vergangenen vier Jahren ein hervorragender Präsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes“. „Bei der ILO und auch beim Internationalen

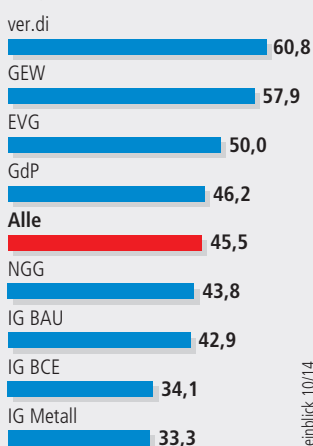
Gewerkschaftsbund habe ich sehr stark von der Führungsrolle, die Michael Sommer eingenommen hat, profitieren können“, so Guy Ryder.

Mit persönlichen Worten verabschiedete sich Guy Ryder von Michael Sommer. „Ich habe sehr von seiner Freundschaft und seinen Ratschlägen profitiert“ sagte er. „Wir haben gut zusammengearbeitet.“ Ryder würdigte Michael Sommer, der auch das Amt des IGB-Präsidenten im Mai abgibt, als einen „geborenen Internationalisten“. Er habe erkannt, dass der Internationalismus kein Reflex, sondern „ein Schlüsselfaktor für den Erfolg der Gewerkschaften“ in der Globalisierung ist, so Ryder.

Die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns nun auch in Deutschland sei auch international ein wichtiges Symbol. Die gesetzliche Regelung stehe dafür, „den Schutz der Ärmsten auf dem Arbeitsmarkt zu wahren“. Wettbewerbsfähigkeit ließe sich nicht allein durch geringe Löhne und Gehälter erreichen. Deutschland müsse, wie der DGB fordere, „nicht günstiger, sondern besser sein“. ●

ver.di bei den Frauen vorn

Frauenanteil in den einzelnen Gewerkschaftsdelegationen beim 20. Ordentlichen DGB-Kongress (Angaben in Prozent)



Quelle: DGB; Mandatsprüfungskommission, Stand: 12. Mai 2014, 12 Uhr

© DGB einblick 10/14

Der Anteil der Frauen unter den Delegierten war beim 20. Parlament der Arbeit in allen Gewerkschaften höher als der Frauenanteil unter den jeweiligen Mitgliedern.

GBV-Wahlen: Das neue Quartett

Ein starkes Wahlergebnis für den neuen Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand (GBV): **Reiner Hoffmann**, 58, der dem GBV bereits seit Februar als Mitglied angehörte, wurde mit 365 Ja-Stimmen (93,1 Prozent) zum neuen DGB-Bundesvorsitzenden gewählt. Die stellvertretende DGB-Vorsitzende **Elke Hannack**, wurde mit 88,0 Prozent (347 Ja-Stimmen) im Amt bestätigt. Die 52-Jährige gehört dem GBV seit 2013 an. **Annelie Buntenbach**, 59, ist seit 2006 dabei und damit dienstältestes Mitglied im neuen GBV. Sie wurde mit 349 Ja-Stimmen (88,6 Prozent) wieder gewählt. Neu im GBV ist **Stefan Körzell (Foto)**, 51, bisheriger Vorsitzender des DGB-Bezirks



Hessen-Thüringen. Er erhielt 314 Ja-Stimmen (80,9 Prozent). Diese Vier werden den DGB in den nächsten vier Jahren leiten. Wie auf dem Bundeskongress 2010 beschlossen, besteht das Führungsgremium nun aus vier Mitgliedern statt wie bisher fünf. In seiner Vorstellungsrede sagte Reiner Hoffmann, es stünde ein „Quartett“ zur Wahl, das erstens kompetent und zweitens in der Lage sei, eine „gute Kultur der Zusammenarbeit“ zu entwickeln. Nach außen und innen solle klar werden: „Die wollen gemeinsam etwas auf den Weg bringen“.



„Wir wollen mehr!“

Eine breite gesellschaftliche Debatte über gute Arbeit und den Wert von Arbeit, einen Ausbau der Mitbestimmung und eine stärkere Europäisierung der Gewerkschaftspolitik hat der neue DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann in seiner Grundsatzrede gefordert.

Grundsatzrede. „Die Gewerkschaften sind in guter Verfassung“, stellte Reiner Hoffmann zu Beginn seiner Rede fest – das zeigten sowohl Mitgliederentwicklung und Tarifabschlüsse als auch das hohe Ansehen in der Politik. „Wir wollen mehr, wir können mehr, das reicht noch nicht“, betonte Hoffmann. „Unser erstes Ziel muss sein, eine neue Ordnung der Arbeit durchzusetzen.“ Die große Koalition habe zwar politische Konzepte der Gewerkschaften aufgegriffen, die geplanten Reformen reichten aber nicht aus.

„Wir brauchen eine gesellschaftliche Debatte über Gute Arbeit, den Wert von Arbeit, den Sinn von Arbeit und die Qualität von Produkten und Dienstleistungen“, forderte Hoffmann. Große Herausforderung der Gewerkschaften sei es, die „Megatrends der Arbeitswelt“ wie die Digitalisierung von Arbeit, den demografischen Wandel, die Europäisierung und Globalisierung von Arbeit sowie die Erfordernisse des Klimawandels aufzugreifen und deren Risiken für die ArbeitnehmerInnen zu begrenzen. Das sei sicher nicht einfach in einem komplexen Arbeitsmarkt: „Für uns – die Gewerkschaften – ergibt sich

der Spagat, die Interessen prekär Beschäftigter ebenso zu vertreten wie die der gut entlohnten, oft überbeschäftigten und ausgepowerten Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst und in den Industriebetrieben“, so Hoffmann.

Von der Großen Koalition erwartet der neue DGB-Vorsitzende, dass sie ein Forschungs- und Aktionsprogramm „Für die Arbeit von morgen“ auflegt, wie im Koalitionsvertrag versprochen. Die Arbeitgeber lud er ein, „gemeinsam die Zukunftsaufgabe zur Gestaltung guter Arbeit in Angriff zu nehmen“. Dazu gehöre auch, neue Wege in der Arbeitszeitpolitik zu beschreiten: „Noch stärker als bisher müssen wir die Arbeitszeit über die gesamte Erwerbsbiografie in den Blick nehmen.“ Gute Arbeit lasse sich vor allem in den Unternehmen durchsetzen, in denen es Betriebsräte gibt. Hoffmann kündigte deshalb eine Offensive des DGB für mehr Mitbestimmung an. Betriebsräte bräuchten mehr Rechte, aber auch die Unternehmensmitbestimmung müsse ausgeweitet werden. „Lasst uns für den Ausbau der Mitbestimmung auf nationaler und europäischer Ebene kämpfen. Wir wollen eine offensive öffentliche Debatte über den Wert der Mitbestimmung.“

Scharf kritisierte Hoffmann die Europapolitik der Bundesregierung. „Anstelle von Austeritätspolitik brauchen wir eine Politik, mit der die Wirtschaft in Europa angekurbelt und ihre sozial-ökologische Modernisierung vorangetrieben wird“, sagte er. DGB und EGB hätten mit ihren Vorschlägen für ein Konjunktur- und Investitionsprogramm eine „klare Alternative in die europäische Debatte eingebracht, wie die Krise überwunden werden kann“.

www.dgb.de/-/144

Keine Eingriffe in

Tarifeinheit. Einigkeit macht stark. Das ist ein Grundprinzip gewerkschaftlicher Organisation und gilt insbesondere für Tarifverhandlungen, dem Kerngeschäft der Gewerkschaften. „Die gelebte Tarifautonomie mit einer hohen Tarifbindung hat einen extrem hohen Stellenwert“, stellte der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann auf dem Kongress klar. Doch das Tarifsystem gerät mehr und mehr unter Druck – weil etwa „die Arbeitgeber zunehmend Tariffucht betreiben“, so Hoffmann. Aber auch, weil durch Spartengewerkschaften wie die der Lokführer oder der Piloten die Tarifkonkurrenz in den Unternehmen wächst. „Tarifpluralität führt in den Betrieben zur Entsolidarisierung“, betonte der EVG-Vorsitzende Alexander Kirchner in der Debatte. Er warnte: „Wenn die Starken die Schwachen in den Betrieben nicht mehr stützen, fällt das, was wir uns über Jahrzehnte erstreikt und erkämpft haben, auseinander.“ Tarifeinheit bleibt damit das Ziel der DGB-Gewerkschaften:

Neue Ordnung der Arbeit

Gute Arbeit. Der Leitantrag „Für eine neue Ordnung der Arbeit“ (A001) umfasst „die Qualität der Arbeit in allen Facetten“, wie DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach zu Beginn der Debatte erklärte. Auf 29 Seiten zählt der Antrag die Anforderungen präzise auf. Weitere 46 Anträge ergänzen den Leitantrag, der von den Delegierten mit großer Mehrheit angenommen wurde. Der DGB und seine Gewerkschaften wollen in den kommenden Jahren „die Unordnung am Arbeitsmarkt“ beseitigen. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Einführung des gesetzlichen Mindestlohns und die Erleichterungen bei der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen seien große Schritte, aber nicht ausreichend. Gute Arbeit heißt für die Gewerkschaften gute Arbeit für alle, betonte Buntenbach. „Wir dürfen nicht zulassen, dass prekär Beschäftigte und Stammebelegschaften gegeneinander ausgespielt werden.“

Das Leitbild Gute Arbeit, wie es der Kongress beschlossen hat, ist ein umfassender Gegenentwurf zur jahrzehntelangen Deregulierungs- und Flexibilisierungsstrategie auf Kosten der arbeitenden Menschen. Es berücksichtigt die demografische Entwicklung ebenso wie den technologischen Fortschritt. Es geht um Chancengleichheit für Frauen wie auch für die Jugend, um Arbeitszeiten, um Mitbestimmungsrechte in Deutschland und in Europa sowie um eine Sicherung der Tarifautonomie.

MEHR ZUM THEMA

Umfangreich wie nie

So dick wie auf dem 20. Parlament der Arbeit war der Antragsordner noch nie. 202 Anträge waren im Vorfeld eingereicht worden, hinzu kamen bis zum Antragsschluss am 11. Mai sechs Initiativanträge und elf Änderungsanträge, macht insgesamt 219 Anträge (2006: 137 Anträge, 2010: 152 Anträge).

Alle beschlossenen Anträge:

www.bundeskongress.dgb.de/-/1D9

s Streikrecht



Der Mindestlohn muss ohne Ausnahmen für alle gelten, das machte der DGB-Vorstand mit einer Aktion während des Kongresses deutlich. Von links nach rechts: Elke Hannack, Reiner Hoffmann, DGB-Bundesjugendsekretär Florian Hagenmiller, Stefan Körzell und Annelie Buntenbach.

„Wir brauchen eine Solidarität der Stärkeren mit den Schwächeren“, so Hoffmann.

Die Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag festgelegt, dass die Tarifeinheit mit einem Gesetz gestärkt werden soll. Die Bundes-

vereinigung der Arbeitgeberverbände (BDA) und der DGB hatten vor vier Jahren gemeinsam eine gesetzliche Regelung gefordert, weil das Bundesarbeitsgericht seit 2010 in seiner Rechtsprechung den Grundsatz der Tarifeinheit nicht mehr

Breites Bündnis

Die geplante Einführung des gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 Euro ist ein großer Erfolg gewerkschaftlicher Arbeit. Darüber waren sich die Delegierten des DGB-Bundeskongresses einig. Die im Gesetzentwurf vorgesehenen Ausnahmen lehnen sie aber strikt ab. Beschlossen wurde deshalb ein Initiativantrag von ver.di und NGG. Bis

zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens soll der DGB „in einem breiten gesellschaftspolitischen Bündnis „Würde ist unteilbar – gegen Ausnahmen vom Mindestlohn“ die Forderungen der Gewerkschaften „gegenüber der Politik in Bund und Ländern öffentlichkeitswirksam vertreten“. Bis September, so der ver.di-Vorsitzende Frank

Bsirske, bleibe noch Zeit, gegen die geplanten Ausnahmen beim Mindestlohn anzugehen. Nach dem Plan der Bundesregierung soll bis dahin der Gesetzentwurf Bundestag und -rat passiert haben. „Machen wir uns miteinander auf den Weg und zeigen wir es denen, die Hungerlöhne fortschreiben wollen“, erklärte Bsirske unter großen Beifall.

● TELEGRAMM

Handeln ist angesagt: Auf Antrag des Bundesfrauenausschusses beschloss der Kongress, dass der DGB-Bundesvorstand ein Handlungskonzept zu sexueller Belästigung am Arbeitsplatz erarbeitet.

Gleiches Recht für die Wissenschaft forderte die GEW in einem Änderungsantrag. Die Delegierten stimmten zu, dass die Tarifsperre aus dem Wissenschaftszeitvertragsgesetz gestrichen werden muss. Bislang verhindert dieses Gesetz eine tarifvertragliche Regelung bei befristeten Arbeitsverträgen an Hochschul- und Forschungseinrichtungen.

Bessere Chancen haben BewerberInnen mit Migrationshintergrund mit anonymisierten Bewerbungsschreiben. Angenommen als Material wurde ein Antrag des DGB Bayern, der dafür wirbt, dass die Gewerkschaften gute Beispiele verbreiten. Darüber hinaus soll der DGB prüfen, ob eine gesetzliche Regelung im Rahmen des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes möglich ist.

Arbeit im Netz

Digitalisierung. Die Arbeitswelt verändert sich. Die Gewerkschaften wollen die Veränderungen, die unter den Stichworten „Digitalisierung“ oder „Industrie 4.0“ diskutiert werden, mitgestalten. Dazu ist es notwendig, die Regeln für gute Arbeit auf die neuen Arbeitsformen zu übertragen. Die Delegierten stimmten zu, dass dazu eine „breite gesellschaftliche und innergewerkschaftliche Diskussion“ angestoßen werden muss. Die Maßstäbe für gute Arbeit sollen auch in einer veränderten Arbeitswelt gelten. Gewollt ist ein beteiligungsorientierter Ansatz, der den Autonomieansprüchen der Beschäftigten gerecht wird. Es muss aber auch ein Recht auf Nichterreichbarkeit geben („Log off“). ●

verfolgt. „Wir brauchen eine Stabilisierung der Tarifeinheit“, betonte Hoffmann. „Wenn uns die Große Koalition dabei helfen will, nehmen wir das Angebot zur Hilfe natürlich an“. Eine gesetzliche Regelung dürfe aber keinesfalls das Streikrecht einschränken. Eine breite gesellschaftliche Debatte über Solidarität bei Tarifverhandlungen wünschte sich Alexander Kirchner: „Wir brauchen eine starke Gewerkschaftsbewegung, und das geht nicht mit Teilung und Spaltung.“

Der DGB-Kongress hat einer gesetzlichen Regelung der Tarifeinheit, die Tarifautonomie und Streikrecht einschränken könnte eine klare Absage erteilt. „Der DGB und seine Gewerkschaften lehnen jegliche Eingriffe in die bestehenden Regelungen ab, die das Streikrecht oder die verfassungsrechtlich geschützte Tarifautonomie beeinträchtigen“, beschlossen die Delegierten mit nur wenigen Gegenstimmen. ●



EVG-Vorsitzender Alexander Kirchner: „Tarifpluralität in den Betrieben führt zu Entsolidarisierung.“

Misstände offen legen

Whistleblower. Der Leitantrag A001 beschäftigt sich auch mit der rechtlichen Situation derjenigen, die gravierende Misstände in ihren Unternehmen anprangern. Als Konsequenz verlieren die sogenannten Whistleblower oft den Job. Die NGG-Vorsitzende Michaela Rosenberger verwies auf dem Kongress noch einmal auf die Risiken, die Beschäftigte eingehen, die auf Rechtsverstöße hinweisen. Wer mutig genug sei, an die Öffentlichkeit zu gehen, brauche rechtlichen Schutz. Whistleblower seien „keine Denunzianten“. Der DGB und seine Mitglieds-gewerkschaften fordern von der Bundesregierung, ihren Schutz gesetzlich zu regeln. ●



NGG-Vorsitzende Michaela Rosenberger: „Deutschland ist Schlusslicht beim Schutz von Whistleblowern.“

Engagierte Debatte

Ziviler Ungehorsam. Ein Antrag der DGB-Jugend führte zu einer langen und intensiven Debatte: Aktionen des zivilen Ungehorsams wie Blockaden von Nazi-Aufmärschen, so die Überzeugung der Jugend, sind „legitime Aktionsformen des DGB“. Die Antragsberatungskommission (ABK) hatte den 27-Zeilen-Antrag drastisch gekürzt – und dabei wichtige Inhalte herausgestrichen, wie die Jugend befand. Sie erhielt Unterstützung von RednerInnen verschiedener Gewerkschaften und quer durch alle Generationen. Bunte Biografien wurden ausgebreitet, und es wurde auf die aktuellen Proteste gegen rechte Gruppierungen verwiesen. Der GdP-Vorsitzende Oliver Malchow stellte die Bedeutung der rechtsstaatlichen Verfassung Deutschlands heraus: „Ich verstehe die Diskussion hier, aber ich bitte darum, dass ihr versteht und akzeptiert, dass die Polizei so nicht denken kann.“

Die ABK nahm die Debatte in ihrem neuen Vorschlag zum Antrag auf. Einstimmig bei einer Enthaltung beschlossen die Delegierten: „Der DGB sieht Aktionen des zivilen Ungehorsams als legitime Aktionen in gesellschaftlichen und betrieblichen Auseinandersetzungen an.“ „Anlassbezogen“ soll über Aktionen wie Blockaden „im DGB diskutiert und entschieden werden“. Zuvor hatte der GdP-Delegierte Jens Berner für diese Formulierung geworben: „Als Polizist kann und möchte ich nicht zustimmen. Aber als Gewerkschafter und vor allem als Mensch bitte ich euch, dem Antrag in der vorliegenden Form zuzustimmen.“ DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach erklärte: „Dass wir aus dieser so grundsätzlichen Debatte mit einem gemeinsamen Beschluss herausgehen, der niemanden niederstimmt, sondern alle mitnimmt, finde ich einfach großartig.“ ●

Fairer Handel

Freihandelsabkommen. Die Anforderungen der Gewerkschaften an das Handelsabkommen zwischen EU und USA, kurz TTIP, sind klar: Es geht um einen fairen und sozialen Handel. Klauseln für den Schutz der Investoren seien bei diesem Vertrag unnötig, heißt es im Kongressbeschluss. Durch

diesen Vertrag darf das bisherige Niveau von Umwelt-, Arbeitnehmer- und Verbraucherschutzregeln nicht unterschritten werden. Die USA und Deutschland werden aufgefordert, schnellstmöglich die ILO-Kernarbeitsnormen zu ratifizieren und umzusetzen. Der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann sicherte den Delegierten zu, dass der DGB gemeinsam mit dem amerikanischen Gewerkschaftsbund AFL-CIO und dem EGB bei den öffentlichen Konsultationen der EU „Einfluss nehmen wird“. Die Protokolle müssten offengelegt werden. Neben mehr Transparenz wollen die Delegierten auch die Beteiligung der Sozialpartner und der Zivilgesellschaft. Solange diese Forderungen nicht erfüllt sind, fordern sie, die Verhandlungen auszusetzen. ●

Anzeige



Rundfahrt durch Europa

Eurorail. Vier Wochen lang tourten sieben junge EVG-Mitglieder durch Europa. Ihre Reise endete auf dem DGB-Kongress, wo sie über ihre Reise berichteten. Pascal fand beeindruckend, wie die Gewerkschaften sich überall für die Belange der Menschen einsetzen. Für Carolin ist klar, dass Probleme gemeinsam angegangen werden müssen: „Wir müssen stärker

zusammen kämpfen, um die Arbeitslosigkeit von über 50 Prozent in Spanien zu bekämpfen“. Florian sind besonders die großen Hoffnungen der Menschen in den Krisenstaaten in die Europäische Union in Erinnerung geblieben. Ihr Fazit der Reise fassten sie in einem kurzen Film zusammen: Am 25. Mai wählen gehen!

! www.eurorailtour.de

Solidarität mit den Opfern von Soma

Für die über 300 Opfer des Grubenunglücks im türkischen Soma und deren Angehörige spendeten die Delegierten des DGB-Kongresses spontan über 6000 Euro. Der IG-BCE-Vorsitzende Michael Vassiliadis verspricht, dass seine Gewerkschaft die Spende auf 10 000 Euro aufrunden werde. In einer Solidaritätserklärung fordert der DGB die türkische Regierung auf, die internationalen Mindeststandards zu

Arbeitsschutz und -sicherheit einzuhalten. „Wir sind traurig und wütend“, sagte der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann.

Zusätzlich zu den Spenden der Delegierten hat die IG BCE 25 000 Euro auf das gemeinsam mit dem Verein „Gewerkschafter helfen“ eingerichtete Spendenkonto eingezahlt. **Das Spendenkonto: 181 1400 104 (BLZ 250 101 11)**

! www.bundeskongress.dgb.de/-/100

Mehr Geld

Bildung. Gute Bildung für gute Arbeit und gesellschaftliche Teilhabe – unter diesem Motto stand der bildungspolitische Leitantrag. Die Gewerkschaften fordern eine deutliche Erhöhung der Bildungsausgaben. „Wollen wir den Anschluss an andere OECD-Staaten nicht verlieren, müssen Jahr für Jahr mindestens 40 Milliarden Euro mehr in Schulen, Kitas und Hochschulen fließen“, so DGB-Vize Elke Hannack. Der Investitionsstau müsse aufgelöst werden. Für mehr Chancengleichheit in der frühkindlichen Bildung muss es einen Rechtsanspruch auf einen Ganztageskrippenplatz geben. Die GEW-Vorsitzende Marlies Tepe (Foto) fügte hinzu: „Bildung ist ein Menschenrecht. Um dieses Recht



umzusetzen, bedarf es der gemeinsamen Anstrengung von Bund, Ländern und Kommunen.“

Die weiteren Forderungen des Antrages: Bund, Länder und Kommunen sollen gemeinsam mit Trägern und Gewerkschaften bundesweit einheitliche Qualitätsstandards für die frühkindliche Bildung erarbeiten. Von der ersten bis zur zehnten Klasse soll ein Rechtsanspruch auf einen Ganztageschulplatz eingeführt werden. Die Bildungs- und Betreuungsinfrastuktur ist auszubauen. ●

Mit Steuern steuern

Handlungsfähiger Staat. Um zukunftsfit zu sein, muss Deutschland mehr in die öffentliche Daseinsfürsorge investieren. Diese umfasst Bildung, Gesundheit, Infrastruktur, auch Wohnungsbau und Mobilität. Der Antrag des DGB-Bundesvorstands (E 001) umreißt auf 17 Seiten die Aufgaben, die die Gewerkschaften für einen funktionierenden und gerechten Staat für notwendig halten. DGB-Vorstandsmitglied Stefan Körzell verwies zu Beginn der Debatte darauf, dass die Gewerkschaften damit auch einen Finanzierungsplan vorlegen. Danach soll der Spitzensteuersatz erhöht werden, große Vermögen und Erbschaften müssen zur Finanzierung herangezogen, die Finanztransaktionssteuer muss endlich eingeführt werden. Mehr Steuergerechtigkeit heißt auch, niedrige und mittlere

Einkommen stärker zu entlasten. Die sogenannte kalte Progression gehört neben dem Ehegattensplitting aus Sicht der Gewerkschaften zu den Diskussionspunkten um eine gerechte Besteuerung. IG BCE und ver.di stellen dazu Initiativanträge.

Die ABK empfahl bei beiden Anträgen Annahme als Material zu E 001. Dieser Antrag wurde nach einer lebhaften Debatte angenommen. Der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann versicherte, dass sich die DGB-Bundesvorstandsverwaltung „schnell an die Arbeit machen“ werde, um eine belastbare Grundlage für weitere Debatten um den Abbau der kalten Progression und dessen Gegenfinanzierung zu schaffen. Bereits in der Bundesvorstandssitzung im Juni werde das Thema auf der Tagesordnung stehen. ●

Mehr Demokratie wagen

Mitbestimmung. Das Fundament für die vom neuen DGB-Vorsitzenden angekündigte Mitbestimmungsoffensive ist gelegt. Die Delegierten beschlossen einstimmig, die betriebliche Mitbestimmung und die Unternehmensmitbestimmung auszubauen. Der DGB fordert unter anderem mehr Rechte für Betriebsräte in globalen Konzernen. Beim Einsatz von LeiharbeiterInnen und WerkvertragsnehmerInnen sollen Betriebsräte ein Informations-, Beratungs- und Zustimmungsverweigerungsrecht erhalten. LeiharbeiterInnen sollen bei den Schwellenwerten berücksichtigt werden. ●

● IM BLICKPUNKT



Europäische Betriebsräte (EBR) aus den Niederlanden, Schweden, Polen, Italien, Frankreich, Finnland und Deutschland diskutierten auf dem Kongress den Stand der Mitbestimmung in Europa. Sie berichteten von aktuellen Herausforderungen, den Auswirkungen der Krise und den Handlungsmöglichkeiten der EBR.

Rentenpolitik für jung und alt

Soziale Sicherung. Die Rente muss zum Leben reichen, das bleibt die zentrale Forderung von DGB und Gewerkschaften. DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach betonte: „Rentenpolitik muss immer für jung und alt gemacht werden.“ Einstimmig beschlossen die Delegierten die Anträge zum Thema Rente. Die wichtigsten Anforderungen sind ein stabiles Rentenniveau, flexible Übergänge, starke Betriebsrenten und eine Erwerbstätigenversicherung, an der künftig alle beteiligt werden. Um das Rentenniveau zu sichern, soll eine Demografie-Reserve aufgebaut werden.

DGB-Bundesjugendsekretär Florian Hagenmiller kritisierte, dass die Gegner der Rente mit 63 sich als vermeintliche Anwälte der Jugend aufspielten. Die DGB-

Jugend stehe an der Seite „der Kolleginnen und Kollegen, die 45 Jahre geschuftet haben“. Rente sei keine Generationen-, sondern eine Verteilungsfrage. ●

Zurück zum goldenen Boden

Handwerk. Strukturwandel, Tarifflucht und Deregulierung haben die Arbeitsbedingungen in vielen Handwerksbranchen verschlechtert. Für den DGB steht fest: Ohne innovatives Handwerk wird es keine Verkehrswende, keine effiziente Gebäudesanierung und keine Energiewende geben. Um das Handwerk fit für die Zukunft zu machen, fordert der DGB, die Mitbestimmung auf allen Ebenen zu stärken. Werner Baas, Vorsitzender der Bundeshandwerkskonferenz der IG BAU, erklärte: „Wir müssen die Arbeitgeberverbände an den Verhandlungstisch für gute Arbeit und gute Löhne bringen.“ Auch die Qualität der Ausbildung soll verbessert werden. ●

Signal gegen rechts

Rechtsextremismus. Die Delegierten des DGB-Bundeskongress haben sich einstimmig für ein starkes gesellschaftliches und gewerkschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus (Antrag H 001) ausgesprochen. Dazu gehört eine zügige Umsetzung der Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses. Das wahre Ausmaß rechts-extremer Straf- und Gewalttaten müsse systematisch erfasst werden. Opfer rassistischer Gewalt sollen über einen Bund-Länder-Fonds angemessen entschädigt werden. ●

Zusammen stärker

Europa. Gemeinsame Kraftanstrengungen für ein sozialeres und demokratischeres Europa hat die EGB-Generalsekretärin Bernadette Ségol auf dem Kongress angemahnt. Vor allem müsse die Arbeitslosigkeit bekämpft werden. 26 Millionen Menschen seien in der EU ohne Arbeit. „Wäre Arbeitslosigkeit ein Land, dann wäre es das siebtgrößte der Europäischen Union“, so Ségol. Sie forderte die EU-Staaten auf, mehr in Infrastruktur, Forschung und Entwicklung, in Bildung und Ausbildung, in Hochtechnologie und Ökologie zu investieren. „Das bringt Arbeit und Stabilität“. Ségol verwies auf die Vorschläge des EGB und des DGB für ein Investitions- und Konjunkturprogramm.

Für ein demokratischeres Europa braucht es starke europäische Gewerkschaften, machte Ségol deutlich.



Sie seien Teil der europäischen Zivilgesellschaft. Der EGB werde den Verhandlungsprozess des Freihandelsabkommen zwischen USA und EU „koordinierend begleiten“. „Nicht verhandelbar sind unter anderem europäische Sozialstandards und Arbeitnehmerrechte oder das Recht auf geistiges Eigentum“, so Ségol. Eine klare Absage erteilte sie der Krisenpolitik der letzten Jahre: „Eine Politik, die sich in Spardiktaten erschöpft, fährt Europa gegen die Wand“.

Verbündete für gute Arbeit

SPD-Vorsitzender. „Wir wollen Verbündete sein für die Schaffung von guter Arbeit und gutem Leben“, versprach Sigmar Gabriel, SPD-Vorsitzender und Bundeswirtschaftsminister, den Delegierten des DGB-Kongresses. „Die Gewerkschaften sind nicht Erfüllungsgehilfen einer Partei und schon gar nicht einer Regierung“, stellte er klar. Das gelte natürlich auch umgekehrt. Dass der DGB und die Gewerkschaften wieder in der Offensive sind, sei gut für das Land. Gabriel machte deutlich, dass der gewerkschaftliche und sozialdemokratische Anspruch in der sozialen Marktwirtschaft nicht die Existenzsicherung allein sei. Vielmehr stehe eine faire und gerechte Teilhabe an Chancen und Leben im Fokus.

Dazu gehören das Engagement für gute Arbeit und gegen massenhafte Erwerbsarmut ebenso wie mehr Einsatz für Bildung und Ausbildung. Gabriel skizzierte die Herausforderungen bei der Digitalisierung der industriellen Produktion, die zunehmend in den Gewerkschaften debattiert wird. Das Bundeswirtschaftsministerium wolle dabei Partner sein, kündigte Gabriel in seiner Funktion als Bundeswirtschaftsminister an. „Wir sollten miteinander überlegen, wie wir das gestalten.“ Auch das Thema Beschäftigtendaten-



schutz gehöre dazu. Das Bundeswirtschaftsministerium sei nicht allein das Haus der Wirtschaft. „Es ist das Haus der sozialen Marktwirtschaft und der Sozialpartner.“ Es stehe Gewerkschaften und Unternehmern gleichermaßen offen.

Durch Steuerdumping verliere Deutschland jedes Jahr 150 Milliarden Euro, die EU zwei Billionen Euro. Es sei ein Skandal, dass jeder Bäckermeister in Berlin höhere Steuersätze zahle als Konzerne wie Apple, Google oder Amazon, die sich für die Niedrigsteuerländer in Europa entscheiden würden. Zum geplanten Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA kündigte Gabriel an, einen nationalen Beirat mit VertreterInnen aus Wirtschaft, Verbänden und Gewerkschaft einzuberufen. ●

Mainstream der Solidarität

Bundesarbeitsministerin. „Ich stehe zu diesem Weg“, verteidigte Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) die geplanten Ausnahmen beim Mindestlohn auf dem DGB-Kongress. Es dürfe keine Fehlanreize für junge Menschen geben. „Wir werden uns weiter darüber streiten“, stellte die Ministerin fest. Einer Ausweitung der Ausnahmen erklärte sie eine Absage. Wichtig sei, dass der flächendeckende Mindestlohn überhaupt komme, betonte Nahles. „Das ist eine gute Nachricht für vier Millionen Beschäftigte in unserem Land.“

Der Mindestlohn sei aber nur ein Baustein der vom DGB geforderten „Neuordnung auf dem Arbeitsmarkt“. Weitere Schritte müssten folgen. Als nächstes größeres Projekt kündigte Nahles die Regulierung von Werkverträgen und Leiharbeit an. Werkverträge seien systematisch zweckentfremdet und missbraucht worden. Dagegen will sie „entschieden vorge-

hen“. Bei der Leiharbeit sprach sie sich für eine Höchstüberlassungsdauer aus. Mit dem Einsatz von Leiharbeitskräften als Streikbrecher „muss Schluss sein in Deutschland“, forderte sie. Einen weiteren Schwerpunkt setzte die Bundesarbeitsministerin bei der Rente mit 63. Wer 45 Jahre oder mehr gearbeitet habe, „der hat Anerkennung verdient und keine Abschläge“, so Nahles.

Nahles bat um die Unterstützung und die Begleitung der Gewerkschaften bei ihren Vorhaben. „Ohne euch wird es dabei nicht gehen“, so Nahles. „Darüber wollen wir auch, wenn es notwendig ist, uns über den einen oder anderen Punkt auseinandersetzen und streiten.“ Gemeinsames Ziel sei, nach Jahrzehnten des Neoliberalismus einen „Mainstream der Solidarität und Gemeinsamkeit in Deutschland zu etablieren“. ●



„Liebe Frau Ministerin, verändern Sie Ihren Gesetzentwurf!“ Ausnahmen beim Mindestlohn erteilte die DGB-Jugend beim Besuch von Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles auf dem Kongress lautstark eine Absage.

Auf gute Zusammenarbeit

CDU-Generalsekretär. Für CDU-Generalsekretär Peter Tauber war die Einladung zum Parlament der Arbeit eine „große Ehre“. Die Herausforderungen der Zukunft will Tauber gemeinsam mit den Gewerkschaften bewältigen. Er baut auf „eine konstruktive Zusammenarbeit“, die es in der Vergangenheit schon gegeben habe und die er gerne fortführen würde: „Lassen sie uns gemeinsam darum ringen, welches der richtige Weg in vielen Fragen ist.“ Dass es bei den Ausnahmen vom Mindestlohn keine

gemeinsame Position geben wird, stellte der Generalsekretär klar. Die Rente mit 63 hält er für eine richtige Entscheidung.

Die Herausforderungen der Zukunft würden die „Parteien mindestens so treffen wie die Gewerkschaften“. Für den CDU-Politiker sind das vor allem



der demografische Wandel und die Digitalisierung der Wirtschaft. Die Politik müsste ebenso wie die Gewerkschaften die individuelle Lebensplanung im Blick haben, weil „das Thema ‚Gut arbeiten‘ eng verknüpft sei mit dem Thema ‚Gut leben‘. Seine Anerkennung für die Arbeit des DGB drückte Tauber mit einem Zitat des CDU-Kanzlers Konrad Adenauer aus: „Ich kann mir ein gutes Funktionieren unserer Wirtschaft ohne die Gewerkschaften überhaupt nicht vorstellen.“ ●

Ein besseres TTIP

Bündnis 90/Die Grünen. Das geplante europäisch-amerikanische Freihandelsabkommen (TTIP) darf nicht zulasten der ArbeitnehmerInnen, der VerbraucherInnen, der Umwelt oder der Demokratie gehen. Das hat Simone Peter, Bundesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, in ihrem Grußwort auf dem DGB-Kongress gefordert. „Es geht uns nicht um eine Verringerung von Standards, sondern um eine Ver-



besserung“, so Peter. Besonders kritisierte sie den vorgesehenen Investorenschutz, die Möglichkeit, dass Konzerne Staaten vor Schiedsgerichten verklagen können. Sie forderte ein neues Mandat für die TTIP-Verhandlungen und mehr Transpa-

renz. Bei der Energiewende rief sie die Gewerkschaften zu einem gemeinsamen Vorgehen mit den Grünen auf. Die Verbindung von Ökologie und Ökonomie biete „riesige Chancen für gute Arbeit und nachhaltigen Wohlstand“. Politik, Gewerkschaften, Wirtschaft und Energiekonzerne müssten zusammen dafür eintreten, dass Deutschland „Energierland“ bleibt, sich aber zukunftsfähig aufstellt. ●

Neue Normalität



Die Linke. Für eine neue Debatte darüber, was in der Arbeitswelt „normal“ ist, hat sich Bernd Riexinger, Bundesvorsitzender der Linken, ausgesprochen. Er kritisierte auf dem Kongress, dass prekäre

Beschäftigungsformen wie Leiharbeit, unfreiwillige Teilzeit und befristete Arbeitsverhältnisse immer mehr zunehmen. „Diese Lohnformen dienen der Ausbeutung und der Lohnrückerei“, so Riexinger. Menschen würden so von der gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft ausgeschlossen. Gleichzeitig begünstige das „Outsourcing“ der Beschäftigten die Tariffucht der Unternehmen. Prekär Beschäftigte seien

gewerkschaftlich viel schwerer zu organisieren. „Wir müssen wieder neu definieren, was normal ist, was ein Normalarbeitsverhältnis ist“, forderte Riexinger. Dazu gehöre auch eine Diskussion um die Arbeitszeitverkürzung und die gerechte Verteilung von Arbeit. Normal sei es, wenn Menschen von ihrer Arbeit leben könnten und sie auch eine sichere Grundlage für Familie und Partnerschaft sei. ●

Rund 130 internationale Gäste haben die Debatten mit verfolgt



Sharan Burrow, IGB-Generalsekretärin und zuvor Vorsitzende des Australischen Gewerkschaftsbun-

des ACTU: „Ich besuche den 20. DGB-Kongress mit gemischten Gefühlen. Es ist gleichzeitig inspirierend und traurig für mich. Mit Michael Sommer verbindet mich eine lange globale Partnerschaft seit der Gründung des IGB in Wien 2006. Das gibt es selten über so eine lange Zeit. Er wird als stellvertretender Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung wichtig bleiben für die Arbeitnehmer weltweit. Ich freue mich über die Wahl von Reiner Hoffmann und bin sicher, dass er ein großartiger DGB-Vorsitzender sein wird.“

Freda Wilhelmina Oosthuysen, Schatzmeisterin des südafrikanischen Gewerkschaftsbundes



COSATU: „Mich hat beeindruckt, wie die DGB-Jugend für ihre Anliegen auf- und eingestanden ist. Es ist gut, dass sie die Dinge selbst in die Hand nehmen. Als wir der Textilarbeiterinnen gedachten, die beim Fabrikeinsturz in Bangladesch angekommen sind, wurde deutlich, dass wir Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht allein sind, sondern weltweit in Solidarität vereint. Das hat mich sehr bewegt. Aufgefallen ist mir auch, dass die Delegierten hier so höflich klatschen. In Südafrika würden wir aufspringen, tanzen und rufen.“



Georgios Dassis, Repräsentant des Griechischen Gewerkschaftsbundes GSEE:

„Die Kämpfe der deutschen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind die gleichen, die auch europaweit geführt werden müssen. Wir kämpfen gemeinsam gegen Nationalismen und für eine echte Europäische Union. Europa braucht Deutschland, aber Deutschland braucht auch Europa.“

Diana Chia, Präsidentin des Singapurischer Gewerkschaftsbundes (NTUC): „Es geht um Fairness und Gleichheit in der Arbeitswelt und um ein besseres Leben für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die Anliegen des DGB sind die gleichen wie auch bei uns. Alles ist nur viel größer. Aktuell haben wir etwa 780 000 Mitglieder, aber wir wachsen.“



Luis Francisco Maltes Tello, Direktor des wissenschaftlichen Dienstes des Gewerkschaftsbundes

des CUT in Kolumbien: „Beeindruckt hat mich die Pluralität der Gewerkschaften im DGB. Davon können wir viel lernen. Danken möchte ich der ILO, dem IGB und dem DGB für ihre Solidarität mit den Gewerkschaften in Kolumbien. Sich

gewerkschaftlich zu organisieren, bleibt nach wie vor hoch gefährlich. Im letzten Jahr wurden 20 Gewerkschafter ermordet, und die Morddrohungen gegen uns reißen nicht ab. Unsere Probleme sind riesig. Die weltweite Krise hat den Druck verschärft, mehr als die Hälfte der Beschäftigten arbeiten im informellen Sektor, multinationale Konzerne verlangen „gewerkschaftsfreie“ Betriebe als Voraussetzung für Investitionen.“

Montserrat Mir, Leiterin der Abteilung Internationales und Entwicklung beim spanischen Gewerkschaftsbund

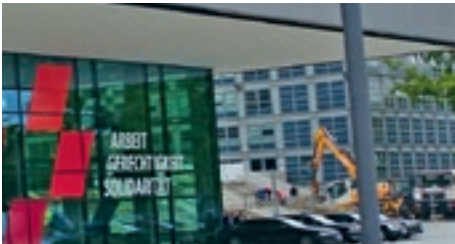


CCOO: „Über den Mindestlohn diskutieren wir in Spanien nicht mehr, den haben wir schon lange. Aber die Debatten über ein gerechtes Steuersystem, über Tarifeinheit und Tarifbindung, über die gescheiterte Sparpolitik und die neuen Trends in der Arbeitswelt sind die gleichen wie in Spanien. Was mir auffällt: Bei uns drücken die Delegierten viel stärker ihre Ängste aus, ihren Job oder ihre Wohnung zu verlieren. Das kommt hier nicht vor. Das liegt wohl daran, dass in Spanien die Arbeitslosigkeit viel höher und damit existenziell bedrohlicher ist. Ich freue mich, dass die Frauen im 20. Parlament der Arbeit so gut vertreten sind. Es sind so viele wie nie zuvor. In Spanien haben wir letztes Jahr einen Beschluss gefasst, alle gewerkschaftlichen Gremien je zur Hälfte mit Frauen und Männern zu besetzen. Der neue DGB-Vorstand entspricht dem.“

+++ Ein Herz vom und fürs Handwerk: Erfolgreich haben während des DGB-Kongresses DGB und Gewerkschaften Imagewerbung für das Handwerk gemacht. Am DGB-Stand im Fo-



yer des CityCubes konnten sich alle BesucherInnen assistiert von IG BAU-Kollegen ein Herz oder eine Faust aus Schiefer schlagen. Zahlreiche Promis nahmen den Hammer in die Hand – als erster Bundespräsident Joachim Gauck. Mit viel Einsatz hatten es die Kollegen der IG BAU geschafft, das Staatsoberhaupt an den Stand zu lotsen. Geplant war der Besuch laut Protokoll nicht. Auch Justizminister Heiko Maas (SPD) und NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) waren zu Gast. **+++ Die schönste Garage Berlins:** Der CityCube, Berlins neue Kongresshalle, hat bereits seinen Namen weg, geprägt vom Kabarettisten Uwe Steimle bei der Eröffnungsfeier: „Nach dem Krieg hätte



man sich über so ein Gebäude gefreut“. Der DGB-Bundeskongress war das erste Event dort – „Trockenwohnen“ hat in der Arbeiterbewegung Tradition. Die Tagungsräume waren fertig und herausgeputzt, doch hinter den Kulissen werkten noch eifrig die Bauarbeiter. **+++ Une balançoire, eine Schaukel,** erhielt der scheidende DGB-Vorsitzende Michael Sommer zum Abschied vom DGB. Das kleine Modell, so versicherte ihm sein Nachfolger Reiner Hoffmann, werde in seinem Garten in entsprechender Größe aufgebaut. Ergänzt wurde die künftige Freizeitbeschäftigung durch einen Gutschein für einen Französischkurs in Frankreich, den ihm

die Vorsitzenden der Mitgliedsgewerkschaften überreichten. Künftig kann er seine neu gewonnenen Sprachkenntnisse auf seiner „balançoire“



weiter vertiefen. Schließlich schaukelt Michael Sommer „für sein Leben gern“, wie er eingestand. Die ausländischen Delegierten ehrten Sommer ebenfalls mit einem besonderen Geschenk: der Nachbildung eines Denkmals für all die Menschen, die während ihrer Arbeit zu Tode kamen. Das Denkmal steht vor einer Fabrik in Sofia/Bulgarien, die Sommer selbst besucht hat.

+++ Erfolgreiche Mitgliederwerbung: Die Mitgliederfrage bleibt „eine Frage von höchster Priorität für die Gewerkschaften“, erklärte der neue DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann in seiner Grundsatzrede. Er machte auch gleich Nägel mit Köpfen und warb Dr. Peter Tauber, CDU-Generalsekretär und CDA-Mitglied, für die Gewerkschaften. Bei Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) war das nicht notwendig. Schließlich ist er bereits Mitglied in zwei DGB-Gewerkschaften „Ich möchte es deinem Geldbeutel nicht zumuten, auch noch den Beitrag für eine dritte Organisation zu zahlen“, so Hoffmann. „Da habe ich Schwein gehabt“, kommentierte Gabriel. **+++**



Krawatte als Glücksbringer: Guy Ryder trug bei seiner Rede auf dem DGB-Bundeskongress den Schlips, den Michael Sommer ihm vor der Wahl zum ILO-Generaldirektor 2012 schenkte. Die Krawatte scheint Glück zu bringen: Sommer trug sie selbst bei seiner ersten Wahl zum DGB-Vorsitzenden 2002. **+++ Kunst und Akrobatik:** Mit atemberaubender Akrobatik beeindruckten die Artisten der Gruppe Grotest Maru beim DGB-Fest am Eröffnungsabend des



Kongresses. Mit blass geschminkten Gesichtern und in graue Anzüge gekleidet, seilten sie sich an der Hauswand in den Innenhof des Berliner Café Moskau ab. Auch an weiteren Kongrestagen machten sie vorm Citycube Werbung für den Dialog von Künstlern und Gewerkschaften und für die Ruhrfestspiele. **+++ Gewichtige Argumente:** CDU-Kanzleramtsminister Peter Altmaier ist dafür bekannt, dass er sein Gewicht gerne als Anlass für humorige Redeneinschübe nutzt. Auf dem Kongress froitzelte er, er sei sicherlich der „gewichtigste Minister im Kabinett“, aber der SPD-Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel sei ihm „dicht auf den Fersen“. **+++**

IMPRESSUM einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH
GeschäftsführerInnen: Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Dr. Lena Clausen, Sebastian Henneke
Redaktionelle Mitarbeit: Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Luis Ledesma
Redaktionsanschrift: Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info
Anzeigen: Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muettel@berlin.de
Layout: zang.design **Fotos:** DGB/Simone M. Neumann, Udo Böhlefeld, Dr. Lena Clausen, Sebastian Henneke
Infografik: Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen per E-Mail an: abo@graewis.de
 Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

— ● SCHLUSSPUNKT —

„Wo Camembert draufsteht, da muss auch Camembert drin sein.“

Bernadette Ségol, EGB-Generalsekretärin, beim DGB-Kongress am 14. Mai zu den Verhandlungen über ein transatlantisches Freihandelsabkommen

Toilettenaufsicht

Hat Anspruch auf die Trinkgelder

Steht einer Person in der Toilettenaufsicht ein Anteil der Trinkgelder zu, so ist der Betreiber der Toilettenanlage verpflichtet, Auskunft über die Einnahmen zu erteilen.

Der Fall: Die Frau übte für das Reinigungsunternehmen im Wesentlichen die Tätigkeit einer „Sitzerin“ aus. Dabei wurde für die Nutzung der Toilettenanlagen kein Entgelt erhoben. Gleichwohl sind in den Eingangsbereichen der Toilettenanlagen Sammelteller aufgestellt, auf denen Toilettenbesucher einen Geldbetrag hinterlassen können. Hauptaufgabe der Frau war es, sich an einem der Tische mit Sammelteller aufzuhalten und das Geld, das die Toilettenbesucher freiwillig auf den Teller legten, dankend entgegen zu nehmen. Mit Reinigungsarbeiten war die Frau, die einen Stundenlohn von 5,20 Euro brutto erhielt, nicht betraut. Die „Sitzerinnen“ sind gehalten, gegenüber den Besuchern nicht zu offenbaren, dass sie keine Reinigungstätigkeiten ausüben. Auf etwaige Fragen der Besucher nach dem Verwendungszweck des Geldes soll mit dem Hinweis geantwortet werden, dass dieses dem Reinigungsunternehmen für Personalkosten zufließe. Die Frau will einen Anteil der über die Teller erzielten Einnahmen. Da sie nicht wissen könne, wie hoch genau die Einnahmen gewesen seien, habe das Unternehmen zunächst Auskunft über die Höhe der Trinkgeldeinnahmen zu erteilen. Die Frau geht davon aus, dass an normalen Tagen mehrere Hundert, an Spizentagen mehrere Tausend Euro über die Teller erwirtschaftet werden. Mit ihrer Klage hatte sie Erfolg.

Das Arbeitsgericht: Der klagenden Frau wird zunächst der Auskunftsanspruch zugesprochen. Das Gericht ist der Auffassung, dass der Frau ein der Höhe nach noch unbestimmter Zahlungsanspruch gegen das Reinigungsunternehmen zusteht.

**Arbeitsgericht Gelsenkirchen,
Urteil vom 21. Januar 2014 - 1 Ca 1603/13**

Glaubensfreiheit

Keine Verschleierung in der Schule

Das Verbot, im Unterricht an einer Berufsoberschule einen gesichtsverhüllenden Schleier zu tragen, begrenzt das Recht einer Schülerin auf freie Religionsausübung nicht in unzulässiger Weise.

Der Fall: Die Schülerin muslimischen Glaubens war mit Beginn des Schuljahres 2013/2014 in die Vorklasse der staatlichen Berufsoberschule aufgenommen worden. Ihre Aufnahme wurde widerrufen, nachdem sie sich geweigert hatte, ohne eine gesichtsverhüllende Verschleierung durch das Tragen eines Niqabs am Unterricht teilzunehmen. Ihr Antrag, die Maßnahme aufzuheben, hatte keinen Erfolg.

Der Verwaltungsgerichtshof: Das Verlangen, dass die Schülerin während der Teilnahme am Unterricht auf das Tragen eines gesichtsverhüllenden Schleiers verzichtet, ist mit dem Grundrecht auf Glaubensfreiheit vereinbar. Die im Grundgesetz geschützte Freiheit, die Lebensführung an der Glaubensüberzeugung auszurichten, kann insoweit beschränkt werden, als religiös bedingte Verhaltensweisen die Durchführung des staatlichen Bildungs- und Erziehungsauftrags in einer Weise behindern, dass ihm der Staat nicht mehr oder nur unzureichend nachkommen kann.

**Bayerischer Verwaltungsgerichtshof,
Beschluss vom 22. April 2014 - 7 CS 13.2592**

Wissenschaftszeitvertragsgesetz

Gilt für wissenschaftliche Arbeit

Ein akademischer Mitarbeiter nach dem Landeshochschulgesetz Baden-Württemberg, der Lehrveranstaltungen für Studierende abhält, an Forschungsprojekten mitwirkt und im Rahmen der akademischen Selbstverwaltung tätig ist, unterfällt dem persönlichen Anwendungsbereich des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes. Der Arbeitgeber muss nicht belegen, dass jede Tätigkeit wissenschaftliches Gepräge hatte. Es genügt, dass die Tätigkeit als solche geeignet war, zu Forschung und Lehre beizutragen.

**Landesarbeitsgericht Baden-Württemberg,
Urteil vom 24. Februar 2014 - 1 Sa 8/13**

Betriebsratsarbeit

Unterbringung muss angemessen sein

Dem Betriebsrat steht für Baumaßnahmen kein Mitbestimmungsrecht zu. Das gilt vor allem, wenn dadurch keine Behinderung der Betriebsratsarbeit zu befürchten und die Unterbringung des Betriebsrats weiterhin angemessen ist.

**Hessisches Landesarbeitsgericht,
Beschluss vom 3. März 2014 - 16 TABVGa 214/13**

Energiekostenpauschale

Auch am Arbeitsplatz

Arbeitgeber können von ihren Mitarbeitern eine Energiekostenpauschale fordern, wenn im Büro private Kaffeemaschinen, Kühlschränke, Mikrowellen oder andere elektrische Geräte betrieben werden. Eine Vereinbarung, in der sich die Mitarbeiter verpflichten, für einen Kühlschrank 5 Euro und für kleinere Geräte 4 Euro monatlich zu zahlen, ist nicht unangemessen.

**Arbeitsgericht Iserlohn,
Urteil vom 20. März 2014 - 2 Ca 443/14**

Finanzkrise und Betriebsrenten

Keine Anpassung bei schlechter Lage

Nach dem Betriebsrentengesetz muss der Arbeitgeber alle drei Jahre eine Anpassung der laufenden Leistungen der betrieblichen Altersversorgung prüfen und hierüber nach billigem Ermessen entscheiden. Der Arbeitgeber ist zur Anpassung nicht verpflichtet, wenn er annehmen darf, dass es ihm mit hinreichender Wahrscheinlichkeit nicht möglich sein wird, den Teuerungsausgleich aus den Unternehmenserträgen in der Zeit bis zum nächsten Anpassungsstichtag aufzubringen.

**Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 15. April 2014 - 3 AZR 51/12**

Häusliche Pflege

Weniger Geld für Familienangehörige

Die geringeren Geldleistungen der gesetzlichen Pflegeversicherung bei häuslicher Pflege durch Familienangehörige gegenüber den Geldleistungen beim Einsatz bezahlter Pflegekräfte verstoßen nicht gegen das Grundgesetz.

**Bundesverfassungsgericht,
Beschluss vom 26. März 2014 - 1 BvR 1133/12**